

unter den Arbeiter\*innen geworden, sondern  
Volkspartei zu etablieren.

## AfD und Wirtschaftsverbände

Verhältnis zwischen den Interessenverbänden der deutschen Wirtschaft der AfD ist ambivalent. Im Verhältnis zur Partei spiegelt sich zugleich Konflikt zwischen dem exportorientierten Industriekapital und den Unternehmen, die primär für den Inlandsmarkt produzieren, wider.

Eigentlich müsste man annehmen, dass eine Partei, die für Steuererleichterung für Unternehmen und Vermögende, der weiteren Umverteilung von unten nach oben, den Abbau von Sozialleistungen und den weiteren liberalen Umbau der Gesellschaft eintritt, von Unternehmens- und Wirtschaftsverbänden unterstützt und protegert wird. Und tatsächlich unterstützen Teile der Wirtschaft die AfD seit ihrer Gründung. Auf den ersten Blick erstaunlich groß ist jedoch auch die Ablehnung, die der Partei von den deutschen Interessenverbänden der Wirtschaft, insbesondere vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und von der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA), den beiden größten und einflussreichsten Verbänden des deutschen Großkapitals, entgegengebracht

So bezeichnet der Präsident des BDI, Ulrich Grillo, die AfD als »Gift für uns als Exportnation«. <sup>311</sup> »Es ist überhaupt nicht auszuschließen, dass die teilweise hohe Zuspruch für rückwärtsgewandte Parteien wie AfD und Linke Investoren abschreckt«, so Grillo nach den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im März 2016. <sup>312</sup> Auch Ingo Kramer, Präsident des BDA, warnt vor den negativen Auswirkungen auf den Standort Deutschland durch die AfD. »Unser Land verliert an Offenheit und internationaler Vernetzung. Rechtspopulistische und nationalistische Politik würde unserem Land, der Wirtschaft und den Unternehmen schaden«, sagte Kramer. »Unser Ansehen in der Welt sinkt. Ausländische Unternehmen, die in Deutschland investieren,

<sup>311</sup> Politik der AfD ist Gift für uns als Exportnation«, in *Tagesspiegel* vom 01. Oktober 2016, <http://www.tagesspiegel.de/politik/bdi-praesident-ulrich-grillo-politik-der-afd-ist-gift-fuer-uns-als-exportnation/14631218.html> (10.05.2017)

<sup>312</sup> Das sagen Deutschlands Manager und Ökonomen zum AfD-Erfolg, in: *Tagesspiegel* vom 14. März 2016, <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/nach-den-landtagswahlen-das-sagen-deutschlands-manager-und-oekonomen-zum-afd-erfolg/13316876.html> (10.05.2017)

würden abgeschreckt. Wirtschaft und Arbeit sind in unserem Land zu einem großen Teil vom Export abhängig.« <sup>313</sup>

Ähnlich äußern sich auch andere Vertreter\*innen von Branchenverbänden. Anton Börner vom Außen- und Großhandelsverband warnt davor, dass der »Trend gegen Europa, gegen den Euro, nun auch in Deutschland angekommen ist«, und ruft dazu auf, den Bürger\*innen die Vorteile eines gemeinsamen Europas zu vermitteln. <sup>314</sup> Thorsten Dirks, Präsident des Verbandes der Informations- und Telekommunikationsbranche Bitkom, erklärt: »Das Erstarken rechtspopulistischer Parteien und der Zuspruch für nationalistische Positionen könnten der deutschen Wirtschaft massive Schäden zufügen.« <sup>315</sup>

Mit ihrer Positionierung gegen die AfD vertreten die Branchenverbände auch die Haltung eines wesentlichen Teils ihrer Mitglieder. So ergab eine Umfrage unter den Mitgliedern des »leaders parliament« durch die *Welt*-Gruppe 2016, dass 54 Prozent der Befragten der Meinung sind, dass die Anti-Euro-Haltung der AfD ein Risiko für die hiesige Wirtschaft darstelle. Weitere knapp 30 Prozent der Manager\*innen halten sie für eine wirtschaftsfeindliche Partei. <sup>316</sup> Die kritische Haltung gegenüber der AfD wird auch durch die Stellungnahmen deutlich, mit denen einige der führenden deutschen Exportunternehmen nach Wahlerfolgen der Partei an die Öffentlichkeit traten. Beispielsweise tat dies der Technologiekonzern Bosch nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg. »Als internationales und global agierendes Unternehmen setzen wir uns dafür ein, dass Baden-Württemberg ein weltoffenes Land bleibt«, äußerte sich ein Firmensprecher nach der Wahl. »Deswegen sehen wir das Ergebnis der AfD, auch über Baden-Württemberg hinaus, mit großer Sorge.« <sup>317</sup>

<sup>313</sup> Wirtschaft sieht Erfolge der AfD kritisch, in: *Die Welt* vom 15. März 2016, [https://www.welt.de/print/die\\_welt/article153295536/Wirtschaft-sieht-Erfolge-der-AfD-kritisch.html](https://www.welt.de/print/die_welt/article153295536/Wirtschaft-sieht-Erfolge-der-AfD-kritisch.html) (10.05.2017)

<sup>314</sup> Das sagen Deutschlands Manager und Ökonomen zum AfD-Erfolg, in: *Tagesspiegel* vom 14. März 2016, <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/nach-den-landtagswahlen-das-sagen-deutschlands-manager-und-oekonomen-zum-afd-erfolg/13316876.html> (10.05.2017)

<sup>315</sup> ebd.

<sup>316</sup> Ökonomische Elite fürchtet den Risikofaktor AfD, in: *Die Welt* vom 14. Mai 2016, [https://www.welt.de/print/die\\_welt/wirtschaft/article155344779/Oekonomische-Elite-fuerchtet-den-Risikofaktor-AfD.html](https://www.welt.de/print/die_welt/wirtschaft/article155344779/Oekonomische-Elite-fuerchtet-den-Risikofaktor-AfD.html) (10.05.2017)

<sup>317</sup> Bei Bosch ist man beunruhigt, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 14. März 2016, <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/nach-dem-afd-erfolg-das-denkt-die-wirtschaft-ueber-den-afd-erfolg-1.2906383-2> (10.05.2017)

Auch die Chemiekonzerne Bayer und BASF sehen durch die zunehmende Rechtsentwicklung das Ansehen des Wirtschaftsstandorts Deutschland gefährdet.<sup>318</sup> Die Ursache für diese Ablehnung durch wesentliche Teile der Wirtschaft ist jedoch nicht alleine die Angst um das Ansehen Deutschlands in der Welt oder gar ihre plötzlich entdeckte Liebe für Demokratie und Menschenrechte, sondern die Angst um die für Wirtschaftsunternehmen essenzielle Profitmaximierung. Diese sehen sie durch die isolationistischen und europafeindlichen Vorstellungen der AfD gefährdet. Diese Konzerne sind vor allem von der Exportwirtschaft abhängig. Sie orientieren sich auf dem internationalen Markt und erhoffen sich durch den Euro und eine stabile EU bessere Chancen bei der globalen Durchsetzung ihrer Interessen. Statt auf ein Ende der EU setzen sie daher auf einen harten Sparkurs und die damit einhergehende Verbesserung der Standortbedingungen. Das bedeutet eine Einschränkung der Arbeitnehmer\*innenrechte, niedrigere Löhne und die Ausweitung prekärer Beschäftigungsformen. Das ist genau die Politik, welche die deutsche Bundesregierung seit Ausbruch der sogenannten Eurokrise erfolgreich betreibt. Eine Einschränkung der wirtschaftlichen Freizügigkeit oder gar die Wiedereinführung nationaler Währungen, wie sie die AfD vertritt, hätte für die international orientierten deutschen Großkonzerne verheerende Auswirkungen. Laut einer Studie des Wirtschaftsanalysehauses Prognos würde die EU bei der Wiedereinführung von innereuropäischen Grenzkontrollen bis 2025 ein Bruttosozialprodukt von mindestens 470 Milliarden Euro verlieren. Alleine Frankreich, Großbritannien und Deutschland hätten etwa die Hälfte davon zu verkraften.<sup>319</sup>

Die Interessenvertreter\*innen der deutschen Exportwirtschaft trugen daher von Anfang an Angela Merkels Austeritätspolitik mit. Der damalige BDI-Vorsitzende Hans-Peter Keitel wandte sich während der Debatte um die Euro-Rettung mit einem Brief an die wichtigsten Unternehmens- und Verbandsvertreter\*innen des BDI. Darin stellte sich Keitel klar hinter den europapolitischen Kurs der Bundesregierung: »Die langfristige Sicherung der Währungsunion liegt im elementaren Interesse jedes Einzelnen von uns«, sagte Keitel. »Jeder Schritt zurück in der europäischen Integration würde unkalkulierbare Risiken für die wirtschaftliche und politische Stabi-

lität bedeuten.«<sup>320</sup> Dabei betont er auch die Wichtigkeit des Euros und die »erheblichen Vorteile« der deutschen Wirtschaft durch die gemeinsame europäische Währung. »Die Einführung des Euros war und bleibt richtig. Gerade für Deutschland und seine Exportwirtschaft ist die Gemeinschaftswährung das Fundament für Wohlstand und Beschäftigung«, so Keitel.<sup>321</sup>

Doch nicht in der gesamten Wirtschaft stieß die Europolitik der Bundesregierung auf Gegenliebe.

Es gibt auch noch eine andere Kapitalfraktion und diese unterstützte von Beginn an die AfD und die Proteste gegen den ESM-Rettungsschirm. Während das exportorientierte Kapital vom europäischen Binnenmarkt und einem niedrigen Eurokurs profitiert, da es seine Konkurrenzfähigkeit im internationalen Wettbewerb steigert, verschärft sich durch die zunehmende europäische Integration die Konkurrenz für die Unternehmen, die eher auf regionale und lokale Absatzmärkte setzen. Diese Unternehmen, die primär für den Inlandsmarkt produzieren, sind es auch, welche sich gegen die Eurorettungspolitik Merkels wandten und den Aufbau der AfD unterstützen. Besonders hervor taten sich dabei zwei Interessenverbände der sogenannten mittelständischen Wirtschaft, zum einen die Vereinigung *Die Familienunternehmer* und zum anderen die *Stiftung Familienunternehmen*. Vom Begriff Familienunternehmen, das einen an kleine Firmen mit ein paar Beschäftigten denken lässt, sollte man sich dabei nicht täuschen lassen. So gehören dem Verband *Die Familienunternehmer* 6.000 Unternehmen an, deren Betriebe ca. zwei Millionen Beschäftigte haben und die 2016 zusammen einen Jahresumsatz von etwa 460 Milliarden Euro erzielten. Nicht weniger einflussreich ist die *Stiftung Familienunternehmen*. Der Stiftung stehen unter anderem der Schraubenmilliardär Reinhold Würth, der Speditionsmulti Thomas Hoyer oder der Hotelmagnat und Investor August von Finck nahe. Dem 35-köpfigen Kuratorium der Stiftung gehören unter anderem Simone Bagel-Trah, Vorsitzende des Aufsichtsrats der Henkel AG, Karl Friedrich von Hohenzollern, Ferdinand Erbgraf zu Castell-Castell, Wilhelm Freiherr von Haller, Ines Hüvel von der Unternehmensgruppe Theo Müller, Edwin Kohl, Vorstand der Kohl Medical AG, Johannes Kärcher, Vorsitzender der Kärcher GmbH, oder Nicola

318 ebd.

319 Michael Böhrer/Jan Limbers/Ante Pivac/Heidrun Wein: *Abkehr vom Schengen-Abkommen. Gesamtwirtschaftliche Wirkungen auf Deutschland und die Länder der Europäischen Union*, 2016, Seiten 9-12

320 BDI-Präsident Keitel stützt Merkels Euro-Kurs, in: *Handelsblatt* vom 22. Juni 2012, <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/euro-krise-bdi-praesident-keitel-stuetzt-merkels-euro-kurs/6792474.html> (10.05.2017)

321 ebd.

Leibinger-Kammüller, Vorsitzende der Trumpf GmbH, an.<sup>322</sup> Auch der wissenschaftliche Beirat der Stiftung ist hochkarätig besetzt. Neben dem ehemaligen Bundesverfassungsrichter Udo Di Fabio sitzen dort auch der Präsident des ifo Instituts Clemens Fuest und sein Vorgänger Hans-Werner Sinn.<sup>323</sup> Die Familienunternehmer beteiligten sich schon früh an der Kampagne gegen den ESM-Rettungsschirm und arbeiteten dabei auch eng mit späteren Protagonist\*innen der AfD zusammen. So unterstützte der Verband die Klage gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus vor dem Bundesverfassungsgericht und forderte den Ausschluss Griechenlands aus der Eurozone.<sup>324</sup> Im Mai 2012 beteiligte sich der Verband gemeinsam mit dem Bündnis Bürgerwille, in dem auch viele spätere AfD-Mitgründer wie Bernd Lucke oder Dagmar Metzger organisiert sind, und der Zivilen Koalition von Beatrix von Storch an der Allianz gegen den ESM. Zeitgleich veröffentlichten Die Familienunternehmer einen offenen Brief an die Bundesregierung, mit der Aufforderung, gegen den ESM zu stimmen.<sup>325</sup> So ist es wenig überraschend, dass der Verband sich nach dem Scheitern Frank Schäfflers innerhalb der FDP der neugegründeten AfD zuwandte. Robin Paulus, Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft der Familienunternehmer, bekundete auf dem Forum Freiheit kurz vor der Bundestagswahl seine Unterstützung für die AfD: »Wer eine gute CDU will, muss die AfD wählen.«<sup>326</sup> Vor der Europawahl im Mai 2014 lud der Verband außerdem zu einem Treffen mit fast 300 Unternehmensvertreter\*innen ein. Dort sprach der damalige Parteivorsitzende und Spitzenkandidat zur Europawahl, Bernd Lucke, der eine Stunde seine Thesen vorstellen durfte. »Damit zeigen wir, wie unzufrieden wir mit der jetzigen Bundesregierung sind«, sagte Hauptgeschäftsführer Albrecht von der Hagen zur Einladung Luckes

und fuhr fort: »Viele Fragen der AfD sind auch unsere Fragen.«<sup>327</sup> Außerdem habe Lucke als Grund für die Parteigründung genannt, dass er sich von der CDU verlassen fühle. »So geht es uns auch«, so von der Hagen.<sup>328</sup>

Auch die Stiftung Familienunternehmen ging früh auf Tuchfühlung mit der AfD. So lud die Stiftung Bernd Lucke ebenfalls zu einem Auftritt mit hochrangigen Wirtschaftsvertreter\*innen ein.<sup>329</sup> Die enge Verbindung der Stiftung mit der AfD zeigt sich auch am Wechsel Matthias Lefarths von der AfD in die Stiftung Familienunternehmen. Der ehemalige Landesvorsitzende der Berliner AfD ging zunächst als Leiter der Steuer- und Finanzpolitik zur Stiftung und leitet heute deren Berliner Abteilung.<sup>330</sup> Ganz besondere Beziehungen zur AfD pflegt August von Finck. Finck steht auf Platz zehn der reichsten Männer Deutschlands. Zu seinen Beteiligungen gehört unter anderem die Restaurant- und Hotelgruppe Mövenpick. In der Vergangenheit unterstützte er finanziell vor allem die Wahlkämpfe der CSU und der FDP. Die Senkung der Mehrwertsteuer auf Hotelübernachtungen zu Beginn der Legislaturperiode 2009 trug der FDP daher den Spottnamen »Mövenpick«-Partei ein. Daneben engagiert sich Finck jedoch auch bereits seit Langem im Kampf gegen die europäische Integration und den Euro. So finanzierte er die rechte Kleinstpartei Bund Freier Bürger mit 8,5 Millionen DM.<sup>331</sup> Außerdem förderte er mit sechs Millionen Euro eine Kampagne des BürgerKonvents, in dessen Vorstand auch Beatrix von Storch sitzt.<sup>332</sup> Eine 2013 öffentlich gewordene Analyse der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung über die AfD vermutet, dass August von Finck ein entscheidender Finanzier der Rechtspartei ist.<sup>333</sup> Mit seiner Unterstützung steht Finck nicht alleine da. So hatte zur Bundestagswahl 2013

327 Zitiert nach: ebd.

328 Zitiert nach: ebd.

329 ebd.

330 Fabian Leber: Die AfD baut auf die Wirtschaft, in: *Tagesspiegel* vom 06. Mai 2014, <http://www.tagesspiegel.de/themen/agenda/alternative-fuer-deutschland-die-afd-baut-auf-die-wirtschaft/9847334.html> (10.05.2017)

331 Kassian Stroh: Zahltag vor dem Wahltag, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 17. Mai 2010, <http://www.sueddeutsche.de/bayern/grossspenden-fuer-die-csu-zahltag-vor-dem-wahltag-1.483846> (10.05.2017)

332 Christian Rickens: August von Finck finanzierte Werbekampagne der Vereinigung »Bürgerkonvent«, in: *Manager Magazin* vom 14. Dezember 2005, <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/artikel/a-390197.html> (10.05.2017)

333 Robin Alexander: Finanziert Mövenpick-Milliardär AfD-Wahlkampf?, in: *Die Welt* vom 22. April 2013, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article115512728/Finanziert-Moevenpick-Milliardaer-Afd-Wahlkampf.html> 8.10.05.2017

322 Siehe: Kuratorium der Stiftung Familienunternehmen: <http://www.familienunternehmen.de/de/die-stiftung-familienunternehmen/kuratorium> (10.05.2017)

323 Siehe: wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Familienunternehmen: <http://www.familienunternehmen.de/de/die-stiftung-familienunternehmen/wissenschaftlicher-beirat> (10.05.2017)

324 Familienfirmen wollen Schuldensünder aus der Euro-Zone drängen, in: *Spiegel* vom 27. Juni 2011, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/brandbrief-familienfirmen-wollen-schuldensuender-aus-der-euro-zone-draengen-a-770666.html> (10.05.2017)

325 Die Familienunternehmer – ASU/Die Jungen Unternehmer – BJU: OFFENER BRIEF zur Euro-Rettung!

326 Zitiert nach: Sebastian Friedrich: Chefsache AfD: Der Kontakt zwischen AfD und »mittelständischen Unternehmen« wird wieder enger, in: *analyse & kritik* vom 20. September 2016, <http://www.sebastian-friedrich.net/?p=562> (10.05.2017)

der Reeder Folkard Edler die Partei mit einem Darlehen von über einer Million Euro unterstützt.<sup>334</sup> Zu den Spendern der AfD gehören auch Hans Wall, Gründer des Berliner Außenwerbers Wall AG, und Heinrich Weiss, ehemaliger Präsident des BDI und Aufsichtsratsvorsitzender des Anlagen- und Maschinenbauers SMS Group.<sup>335</sup> Auf Einladung des damaligen Parteivorsitzenden Bernd Lucke und seines Stellvertreters Hans-Olaf Henkel besuchte Weiss auch die AfD-Fraktion im Europaparlament. Dabei zeigte er sich beeindruckt und hielt sie für »hochintelligente Leute mit ausgeprägtem ökonomischen Sachverstand.«<sup>336</sup> Sowohl Henkel als auch Weiss deuteten an, dass noch zahlreiche andere Unternehmer\*innen und Manager\*innen die Partei unterstützen würden.<sup>337</sup> Der Soziologe Andreas Kemper, der sich in seinem Buch *Eurorebellen* ausführlich mit den Verstrickungen von Teilen der Wirtschaft und der AfD beschäftigt, kommt daher zum Schluss: »Die Alternative für Deutschland ist der Versuch der organisierten Familienunternehmer, die eigenen Interessen parteipolitisch zu vertreten. Die AfD ist damit nicht einfach nur ein neues rechtspopulistisches Sammelbecken, sondern repräsentiert eine gefährliche, finanzstarke Macht von Millionären und Milliardenären, die von der Ungleichheit der Menschen zutiefst überzeugt sind.«<sup>338</sup>

Im Laufe der Zeit, insbesondere nach der Abwahl Bernd Luckes, rückten einige der finanzkräftigen Unterstützer\*innen von der AfD ab oder schlossen sich der neugegründeten ALFA an. So trat Anfang Juli 2015 Hans Wall aus der AfD aus und der neugegründeten ALFA bei.<sup>339</sup> Auch

334 Gernot Knödler: Reeder hilft AfD auf die Sprünge, in: *taz* vom 16. Dezember 2013, <http://www.taz.de/15052539/> (10.05.2017)

335 Erste Unternehmer nähern sich der AfD, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. Oktober 2014, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/afd-zuspruch-von-unternehmern-heinrich-weiss-und-hans-wall-13210673.html> (10.05.2017)

336 Prominente Mittelständler finanzieren rechtspopulistische AfD, in: *Spiegel* vom 15. Oktober 2014, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-prominente-mittelstaendler-finanzieren-rechtspopulisten-a-997243.html> (10.05.2017)

337 Erste Unternehmer nähern sich der AfD, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 15. Oktober 2014, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/afd-zuspruch-von-unternehmern-heinrich-weiss-und-hans-wall-13210673.html> (10.05.2017)

338 Andreas Kemper: AfD: Familienunternehmer versus BDI, in *Der Freitag* vom 20. März 2013, <https://www.freitag.de/autoren/andreas-kemper/afd-familienunternehmer-versus-bdi> 810.05.2017)

339 Unternehmer verlassen die AfD, in: *Wirtschaftswoche* vom 09. Juli 2015, <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/nach-lucke-abgang-unternehmer-verlassen-die-afd/12027900.html> (10.05.2017)

Heinrich Weiss distanziert sich mittlerweile von der AfD. »Unterstützt habe ich die AfD von Bernd Lucke, die damals die einzige Opposition gegen die sogenannte Euro-Rettungspolitik der Europäischen Union war«, so Weiss.<sup>340</sup> Nachdem die alte Führungsmannschaft abserviert wurde, habe er sofort jeden Kontakt abgebrochen. Selbst *Die Familienunternehmen* scheinen nicht länger mit der AfD in Verbindung gebracht werden zu wollen. Vor den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt im März 2016 warnte Lutz Goebel, Vorsitzender des Verbandes, vor Stimmengewinnen für die AfD. Die AfD missbrauche laut Goebel die Angst der Menschen, »um nach und nach das Wertegerüst unserer Gesellschaft der Erosion preiszugeben«.

Er rief zudem dazu auf, zur Wahl zu gehen. »Wer nicht wählt, wählt indirekt die AfD und damit eine Partei, die das Schießen auf Flüchtlinge für legitim erklärt.«<sup>341</sup>

Doch auch nach der Abspaltung der ALFA sehen nicht wenige Unternehmer\*innen in der AfD weiterhin eine Alternative. So ist die Mitgliederzahl des AfD-Mittelstandforums, in dem sich der AfD nahestehende Unternehmer\*innen vernetzen, auch nach dem Essener Parteitag stabil geblieben.<sup>342</sup> Sebastian Friedrich beschreibt die weitere Zusammenarbeit von Teilen der Wirtschaft mit der AfD als ein Spiel über Bande. Als Bande dienen, laut Friedrich, hierbei die *Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft* und die *Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft*. So schreibt Sebastian Friedrich in einem Beitrag für die Zeitschrift *analyse & kritik*:<sup>343</sup>

»Eine zentrale Person der Hayek-Gesellschaft ist Gerd Habermann. Er ist Geschäftsführer und engagiert sich vor allem für den Aufbau von Gesprächskreisen, den sogenannten Hayek-Clubs. Die Liste der Referent\_innen verdeutlicht, in welchem Spektrum die Hayek-Clubs angesiedelt sind. Eingeladen wurden neben Thilo Sarrazin und Henryk M. Broder auch mal ein Verfassungsschützer, Journalist\_innen und marktfundamentalistische FDP-Politiker. Ebenso dürfen sich

340 Großunternehmer Weiss wendet sich von AfD ab, in: *Die Welt* vom 02. Oktober 2016, <https://www.welt.de/wirtschaft/article158491606/Grossunternehmer-Weiss-wendet-sich-von-AfD-ab.html> (10.05.2017)

341 Zitiert nach: Sebastian Friedrich: Chefsache AfD: Der Kontakt zwischen AfD und »mittelständischen Unternehmen« wird wieder enger, in: *analyse & kritik* vom 20. September 2016, <http://www.sebastian-friedrich.net/?p=562> (10.05.2017)

342 ebd.

343 ebd.

AfD-Politiker\_innen wie Beatrix von Storch immer wieder über Einladungen freuen. Zudem gibt es direkte personelle Überschneidungen zwischen der AfD und der Hayek-Gesellschaft. So ist der Kölner Vorsitzende der Jungen Alternative, der Jugendorganisation der AfD, gemeinsam mit seinem Parteifreund Mirko Wilde Leiter des örtlichen Hayek-Clubs. Manche Ortsgruppen der AfD warben in der Vergangenheit auf Facebook für Veranstaltungen der Hayek-Gesellschaft. Doch die Hayek-Gesellschaft ist nicht nur ein Sammelbecken für die AfD. Auch einige Funktionäre der >Familienunternehmer< sind gern gesehene Gäste oder Mitglieder. Das kommt nicht von ungefähr: Habermann war bis Oktober 2010 Direktor des Familienunternehmerverbands. Auch Peer-Robin Paulus ist Mitglied, ebenso sind Klaus-Werner Schatz und Frank Schäffler sowohl bei der Hayek-Gesellschaft als auch in einflussreichen Positionen im Familienunternehmerverband aktiv. Besonders pikant: Im Juli 2015 spaltete sich nicht nur die AfD, sondern auch die Hayek-Gesellschaft. Namhafte Personen wie der FDP-Chef Christian Lindner und die Publizistin Karen Horn traten aus Protest über die zunehmende Rechtsverschiebung der Hayek-Gesellschaft aus. Horn war zu diesem Zeitpunkt Vorsitzende der Gesellschaft. Sie warf Habermann vor, die Gesellschaft nach rechts führen zu wollen. Der Einfluss der >Familienunternehmer< in der Hayek-Gesellschaft hat dadurch in jüngster Zeit sogar zugenommen.«

Daraus zieht Friedrich den Schluss, dass die »Verbindungen zwischen der AfD und Teilen des Kapitals keineswegs abgebrochen sind.«<sup>344</sup> »Teilweise über Umwege stehen >mittelständische Unternehmer< und AfD weiterhin in Kontakt miteinander. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Verbindungen vertiefen werden und sich auch Unternehmer offen zur AfD bekennen werden, wenn sich die Partei etabliert und der bereits begonnene Normalisierungsprozess der AfD weiter vorangeschritten ist. Die AfD ist als rechte Alternative zu Union und FDP für die Chefetagen noch längst nicht abgeschrieben«, so Friedrich.<sup>345</sup>

344 ebd.  
345 ebd,

## 5. Die AfD auf dem Weg zur neoliberalen Massenpartei

Auch wenn es im Zuge der Diskussion um das Grundsatzprogramm der Partei und im Hinblick auf anstehende Wahlkämpfe immer wieder zu kleineren Kurskorrekturen kam, blieb die grundsätzliche marktradikale Ausrichtung der AfD bestehen. Damit befindet sich die Partei auf dem besten Weg zur neoliberalen Massenpartei. Die AfD propagiert wie derzeit keine andere Partei in der Bundesrepublik den weiteren neoliberalen Umbau der Gesellschaft und ihre Ausrichtung nach marktradikalen Kriterien. Trotz ihres Marktfundamentalismus verfolgt sie weiterhin das Ziel, auch Arbeiter\*innen für sich zu gewinnen, und dies mit Erfolg. Und trotz dieses Marktfundamentalismus hat sie weiterhin das Ziel, zur Volkspartei zu werden.

Viele kritische Beobachter\*innen der Partei sind dennoch der Meinung, dass es ihr nicht gelingen kann, diese Ziele und ihre neoliberale Doktrin langfristig zu vereinen. »Auf Dauer kann die AfD schwer beides sein: Anwalt der Schwachen und Interessenvertreter der Konzernlobby, völkisch sozial und wirtschaftsliberal. Sie wird sich irgendwann entscheiden müssen«, so der Journalist Hannes Vogel.<sup>346</sup> Auch viele Antifaschist\*innen gehen davon aus, dass die Partei an diesem inneren Widerspruch entweder zugrunde geht oder sich dafür entscheiden muss, ihren Nationalismus mit einer sozialpolitischen Programmatik zu versehen. So auch Lothar Galow-Bergemann, der in einem Artikel für die Wochenzeitung *jungle world* unter anderem der Frage nachgeht, welche Zukunft die AfD hat:

»Wie es mit ihr weitergeht, wird langfristig im Wesentlichen davon abhängen, ob sie ihr nationales Outfit mit einem sozialen zu kombinieren vermag. Frauke Petry und andere wittern das. Ruckzuck verschwanden jedenfalls einige allzu neoliberal anmutenden Passagen eines ersten Programmentwurfs in der Versenkung. Möglicherweise könnten also die an sich löblichen Bemühungen von sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Seite, die Partei als >kalt und unsozial< (Verdi) zu brandmarken, schnell verpuffen. Ob die AfD diesen Weg gehen oder

346 Hannes Vogel: »Die AfD täuscht die kleinen Leute«, auf n-tv vom 04. Mai 2016, <http://www.n-tv.de/wirtschaft/Die-AfD-taeuscht-die-kleinen-Leute-article17613376.html> (10.05.2017)